

V0762/23

**Einführung einer Krankenversicherungsclearingstelle, einer humanitären Sprechstunde und eines Ethikfonds**

**Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke vom 17.07.2023**

**Stellungnahme der Verwaltung**

**(Referent: Herr Fischer)**

**Antrag:**

1. Der Bericht der Verwaltung zu den rechtlichen Rahmenbedingungen des Krankenversicherungsschutzes und der Krankenhilfe, sowie zu bestehenden Beratungsangeboten und -bedarfen wird zur Kenntnis genommen.
2. Auf die Einführung einer kommunal finanzierten gesonderten Krankenversicherungsclearingstelle, einer gesonderten humanitären Sprechstunde und eines kommunal finanzierten Ethikfonds in Ingolstadt wird verzichtet.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	28.09.2023	Vorberatung
Stadtrat	17.10.2023	Entscheidung

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 28.09.2023**

*Der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0712/23 und der Antrag der Verwaltung V0762/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Meier bedankt sich bei Herrn Fischer für die ausführliche Darstellung. Es sei wichtig, das Netz noch enger zu knüpfen, sodass betroffenen Personen die durchs Raster fallen geholfen werden kann und eine Ansprechstelle haben. Wegen der aktuellen Haushaltssituation wolle man allerdings keine unnötigen Kosten erzeugen, aber dennoch Klarheit und Unterstützung für Betroffene schaffen. Stadtrat Meier merkt an, dass wenn der Bedarf nicht so groß sei und die Landeshauptstädte dafür ausreichen, dann sei das gut, aber er ist dennoch der Meinung, dass eine Stelle gut sei, um für Betroffene eine schnelle unkomplizierte Lösung zu finden.

Herr Fischer ist der Ansicht, dass es diese Stelle schon im Amt für Soziales für Ältere und Erwerbsunfähige, sowie im Jobcenter für erwerbsfähige Personen gebe, die dann letztendlich die Personen wieder in die gesetzliche Krankenversicherung bringen oder über Zuschüsse zu privaten Krankenversicherungen im Basistarif auch die Kosten für diese Krankenversicherung übernehmen. Er denkt es sei für die Bürgerinnen und Bürger einfacher, wenn diese sich an die Kolleginnen und Kollegen in den Fachämtern wenden können, die letzten Endes dafür sorgen, dass die Krankenversicherung finanziert werden könne, als wenn das Ganze über eine externe Stelle laufe. Herr Fischer teilt mit, dass er sich die

Sitzungsvorlage der Landeshauptstadt München angesehen habe, und feststellte, dass auch dort letztendlich über das Jobcenter abgerechnet werde, was im Vorfeld über die Clearingstelle gelaufen sei. Daher sei es sehr gut, dass das Jobcenter anders als in vielen anderen Städten keine externe Behörde sei, sondern ein am Amt der Stadt, wo man mit eigenem Personal arbeite und auch Schwerpunkte setzen könne und dadurch auch der Krankenversicherungsschutz ein Baustein sei. Ebenso habe man im Amt für Soziales fachliche Spezialisten in der dritten Qualifikationsebene, die bei komplexeren Fällen einsteigen können. Herr Fischer denkt, es sei der bessere Weg, den Bürgerinnen und Bürgern mitzuteilen, keine Scheu davor zu haben, in das Amt für Soziales oder Jobcenter zu gehen und dort ihre sozialen Rechte geltend zu machen.

Stadtrat Werner teilt mit, dass der SPD-Stadtratsfraktion wichtig sei, dass niemand durch das Raster falle. Ein Problem sei auch, dass den Betroffenen jegliche Krankheitseinsicht fehle, und sich nicht helfen lassen wollen. Für Stadtrat Werner sei daher ein viel entscheidenderer Punkt die praktische Hilfe, wie sie Bruder Martin leiste und nicht die Finanzierung. Es gebe noch zahlreiche Ärzte die so denken, und denen der hippokratische Eid etwas bedeute.

Der Bericht wurde den Mitgliedern des Ausschusses bekanntgegeben.

1. Der Bericht der Verwaltung zu den rechtlichen Rahmenbedingungen des Krankenversicherungsschutzes und der Krankenhilfe, sowie zu bestehenden Beratungsangeboten und -bedarfen wird zur Kenntnis genommen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

2. Auf die Einführung einer kommunal finanzierten gesonderten Krankenversicherungsclearingstelle, einer gesonderten humanitären Sprechstunde und eines kommunal finanzierten Ethikfonds in Ingolstadt wird verzichtet.